

Das sozialdemokratische Krautgeschäft.

41 Millionen Kronen hat die Gemeinde Wien bei den Ankäufen von Sauerkraut aus Böhmen Verlust erlitten. Das Geschäft war im letzten Herbst abgeschlossen worden und darum baut das sozialdemokratische Organ auf dieser traurigen Geschichte eine Anklage gegen „die christlichsoziale Schandwirtschaft in der Gemeinde“ auf und beschuldigt Bgm. Dr. Weiskirchner und die christlichsozialen Gemeinderäte. Man sollte daher glauben, daß dies Krautgeschäft eine christlichsoziale Aktion war; man staunt aber über die Stirne der neuen sozialdemokratischen Rathhausmächter, die solche Angriffe wagen, wenn festgestellt wird, daß dieses Geschäft nicht in der Stadtrate, in dem die Christlichsozialen damals wirklich die Mehrheit hatten, sondern in der Obmännerkonferenz abgeschlossen wurde, in der die Sozialdemokraten gleichermaßen vertreten waren und dessen Beschlüsse stets mit Einstimmigkeit gefaßt wurden. Es haben also die Sozialdemokraten diesem Abschlusse zugestimmt, den sie heute gern verleugnen möchten, weil das Geschäft durch eine Verkettung unglücklicher Umstände und wahrscheinlich infolge Amtsvergehen der Durchführungsorgane, wie sich erst in der Disziplinaruntersuchung gegen diese zeigen wird, so unglücklich ausgegangen ist. In dieser Obmännerkonferenz saß auch der heutige Bgm. Neumann und der Sozialdemokrat Skaret, und es wurde die ganze Zeit über von ihrer Seite keine Einwendung erhoben; übrigens wurden sie bereits im März durch einen Bericht darauf aufmerksam gemacht, daß hieraus große Verluste für die Gemeinde entstehen würden, es ist für Bgm. Neumann daher nichts Neues, was er heute im August plötzlich „enthüllt“. Und der heutige Bgm. Neumann war es, der selbst mit jenen Markthelfern wegen Lohnerhöhungen verhandelte, die mit den Sauerkrautvorräten zu manipulieren hatten und die nun nach der sozialdemokratischen Darstellung an der Verwüstung des Sauerkrautes mitschuldig sein sollen. Wenn daher ein Skandal vorliegt, so haben die Sozialdemokraten daran redlich Anteil.

Vor dem Umsturz hatte die Gemeinde Wien 12.000 Waggon Kartoffel in Böhmen, Galizien und in der Bukowina für die Versorgung der Wiener Bevölkerung sichergestellt. Durch den Umsturz wurden diese Bestellungen undurchführbar und als die Gemeinde Wien neue Verhandlungen mit der Prager Regierung anknüpfte, forderte diese als Bedingung für die Lieferung von Kohle die Abnahme dieser bedeutenden Menge Sauerkraut. Die Gemeinde Wien war unter allen Umständen gezwungen, Kohle zu kaufen, um Beleuchtung und Verkehr aufrecht zu erhalten und mußte daher auch auf diese Bedingung eingehen; man hoffte zudem auch, in dem Sauerkraut einen Ersatz für den Ausfall an Kartoffelnahrung zu finden. Es ist möglich, daß dabei auch bereits verdorbenes Sauerkraut der Gemeinde aufgenötigt wurde; die Uebernahme erfolgte aber durch beidete Markt-Kommissäre, natürlich nicht durch die Gemeinderäte oder durch den Bürgermeister. Außerdem wurden stets sachverständige Kaufleute beigezogen. Was die Angriffe gegen die Bezirkswirtschaftsämter anbelangt, so waren sie unmittelbar dem Magistratsdirektor unterstellt

und bestanden aus Buchhaltungsbeamten, Marktbeamten und Technikern; sie haben die unsäglich schwierige Aufgabe der Versorgung Wiens im Kriege mit einer Aufopferung zu lösen versucht, die aller Anerkennung, nicht aber nachträglicher Beschimpfung wert ist.

Es ist daher klar: Das Sauerkraut mußte übernommen werden und dem haben auch die Sozialdemokraten damals zugestimmt. Daß dann vieles davon unanbringlich war, ergab sich aus der erfreulichen Besserung der Versorgung Wiens; daß vieles davon auch durch verfehlte Behandlung zugrunde gegangen ist, ist möglich und wen dafür sowie für das „Verschwinden“ von einer Anzahl Waggons die Verantwortung trifft, das wird die Untersuchung ergeben. Es ist ungerecht, die gesamte Magistratsbeamtenschaft dafür verantwortlich zu machen, und auch die Gemeindeverwaltung hat die Untersuchung nicht zu scheuen. Ihre Vertretung ist hierbei keineswegs eigenmächtig vorgegangen, sondern im Einvernehmen mit allen Parteien, auch mit Zustimmung der Sozialdemokraten und sie hat bei Bestellung ihrer Organe keine Vorfrage fehlen lassen.

Auch unter Bgm. Neumann ist ein Lagerhausbeamter mit 120.000 Kronen durchgegangen; kein Bernünftiger wird deshalb Bgm. Neumann einen Defraudanten nennen und ihn für jede Pflichtverletzung eines der 40.000 Beamten der Gemeinde Wien verantwortlich machen. Es war der sozialdemokratischen Partei vorbehalten, diese Methode im Wiener Rathaus einzuführen; sie wird sich nicht darüber beschweren dürfen, wenn in Zukunft diese Methode auch gegen sie verwendet wird. Das Sauerkrautgeschäft war für die Gemeinde Wien ein Unglück und soweit es dabei Schuldige gibt, werden sie sich zu verantworten haben. Das Unglück soll nun auf die Mäulen der sozialdemokratischen Parteiwirtschaft im Rathaus, die auszutrocknen drohen, wieder Wasser leiten. Aus dem Unglück soll wenigstens ein sozialdemokratisches Krautgeschäft bei der Wählererschaft herausgehauen. Für die Neumann und Winter wird aber diese politische Krauterei auch nicht besser ausgehen.